

Grundsatzklärung zum Sorgfaltspflichtengesetz (gem. § 6 des sog. Sorgfaltspflichtengesetzes)

Schaebens steht aufgrund seiner internationalen Verflechtung in einer Verantwortung, auf eine Verbesserung der weltweiten Menschenrechtslage entlang von Lieferketten hinzuwirken und die Globalisierung mit Blick auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sozial zu gestalten. Die zunehmende Integration von Schaebens in globale Beschaffungs- und Absatzmärkte bietet Chancen und Herausforderungen zugleich: neue Märkte und Produktionsstätten werden erschlossen und so Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen. Gleichzeitig können aber auch Risiken durch Intransparenz und die oft mangelhafte Durchsetzung von international anerkannten Menschenrechten in den Lieferketten von Unternehmen in der globalen Wirtschaft entstehen. Die Pflicht, die Menschenrechte des Einzelnen zu achten, zu schützen und einzuhalten, liegt bei den Staaten. Die Verantwortung von Schaebens für die Achtung der Menschenrechte besteht unabhängig von der Fähigkeit oder Bereitschaft der Staaten, ihrer Pflicht zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen. Macht der innerstaatliche Kontext es unmöglich, dieser Verantwortung uneingeschränkt nachzukommen, ist von Schaebens zu erwarten, dass Schaebens die Grundsätze der international anerkannten Menschenrechte achtet, soweit es in Anbetracht der Umstände möglich ist.

Um ihrer Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte gerecht zu werden, setzt Schaebens die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen mit dem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte von 2016 (Nationaler Aktionsplan) in der Bundesrepublik Deutschland um. Dort ist die Erwartung an Schaebens formuliert, mit Bezug auf ihre Größe, Branche und Position in der Lieferkette in angemessener Weise die menschenrechtlichen Risiken in ihren Liefer- und Wertschöpfungsketten zu ermitteln, ihnen zu begegnen, darüber zu berichten und Beschwerdeverfahren zu ermöglichen.

Der Nationale Aktionsplan ist hierbei ein erster sehr wichtiger Schritt. Zentral für seine erfolgreiche Umsetzung sind ein einheitliches Verständnis von Inhalt und Umfang der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und deren breite Verankerung in unternehmensinternen Prozessen. Die Ergebnisse der im Rahmen des Nationalen Aktionsplans durchgeführten repräsentativen Untersuchungen vom Juli 2020 haben gezeigt, dass lediglich zwischen 13 und 17 Prozent der befragten Unternehmen die Anforderungen des Nationalen Aktionsplans erfüllen und es daher eines rechtlich verbindlichen und international anschlussfähigen Sorgfaltsstandards bedarf.

Durch dieses Gesetz werden in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Unternehmen wie z. B. Schaebens ab einer bestimmten Größe verpflichtet, ihrer Verantwortung in der Lieferkette in Bezug auf die Achtung international anerkannter Menschenrechte durch die Implementierung der Kernelemente der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht besser nachzukommen. Auch wenn dieses Gesetz zunächst nur für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeiter und ab dem 01.04.2024 für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter gilt, und SCHAEBENS deutlich weniger als 1.000 Mitarbeiter hat, so wird SCHAEBENS dieses Gesetz selbstverständlich auch schon jetzt entsprechend umsetzen, weil SCHAEBENS sich auch hierzu ethisch und moralisch verpflichtet sieht und ein weiteres positives Zeichen setzen will. Dadurch sollen zum einen die Rechte der von Unternehmensaktivitäten betroffenen Menschen in den Lieferketten gestärkt, zum anderen den legitimen Interessen der Unternehmen an Rechtssicherheit und fairen Wettbewerbsbedingungen Rechnung getragen werden.

Der vorliegende Entwurf eines Sorgfaltspflichtengesetzes dient der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage, indem er Anforderungen an ein verantwortliches Management von Lieferketten für bestimmte Unternehmen festlegt. Unternehmen erhalten einen klaren, verhältnismäßigen und zumutbaren gesetzlichen Rahmen zur Erfüllung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. Die Anforderungen sind international anschlussfähig und orientieren sich am Sorgfaltsstandard („due diligence standard“) der VN-Leitprinzipien, auf dem der Nationale Aktionsplan basiert. Der Entwurf enthält behördliche Durchsetzungsmechanismen. Die für die Kontrolle und Durchsetzung der Einhaltung der Sorgfaltspflichten zuständige Behörde wird benannt und mit Eingriffsbefugnissen ausgestattet. Das Gesetz begründet eine Bemühenspflicht, aber weder eine Erfolgspflicht noch eine Garantiehafung. Das Sorgfaltspflichtengesetz soll an eine künftige europäische Regelung angepasst werden mit dem Ziel, Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu verhindern.

Schaebens wird hierzu für alle nachfolgenden Sorgfaltspflichten, die gem. § 3 des Sorgfaltspflichtengesetzes einzuhalten sind, entsprechend geeignete Maßnahmen ergreifen:

1. die Einrichtung eines Risikomanagements (§ 4 Absatz 1),
2. die Festlegung einer betriebsinternen Zuständigkeit (§ 4 Absatz 3),
3. die Durchführung regelmäßiger Risikoanalysen (§ 5),
4. die Verabschiedung einer Grundsatzerklärung (§ 6 Absatz 2),
5. die Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich (§ 6 Absatz 1 und 3) und gegenüber unmittelbaren Zulieferern (§ 6 Absatz 4),
6. das Ergreifen von Abhilfemaßnahmen (§ 7 Absätze 1 bis 3),
7. die Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens (§ 8),
8. die Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern (§ 9) und
9. die Dokumentation (§ 10 Absatz 1) und die Berichterstattung (§ 10 Absatz 2).

Schaebens hat hierzu diese Grundsatzerklärung gem. § 6 Absatz 2 des Sorgfaltspflichtengesetz über seine Menschenrechtsstrategie durch die Unternehmensleitung bzw. Geschäftsleitung verabschiedet.

Gem. Sorgfaltspflichtengesetz enthält diese Grundsatzerklärung die nachfolgenden Elemente:

1. Die für Schaebens auf Grundlage der Risikoanalyse festgestellten prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken. Diesbezüglich kann Schaebens erfreulicherweise bereits an dieser Stelle darlegen, dass Schaebens bislang noch keinerlei diesbezügliche Risiken feststellen konnte.
2. Die von Schaebens erfolgte Festlegung der menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen, die Schaebens an seine Beschäftigten und Zulieferer in der Lieferkette richtet. Diesbezüglich hat Schaebens die eindeutige Erwartungshaltung, dass es keinerlei diesbezüglichen Risiken geben wird und dass Schaebens festlegt, dass Schaebens keinerlei diesbezüglichen Risiken akzeptieren wird.
3. Die Beschreibung des Verfahrens, mit denen Schaebens seinen Pflichten nach § 4 Absatz 1, § 5 Absatz 1, § 6 Absatz 3 bis 5, sowie den §§ 7 bis 10 nachkommt.

Zu § 4 Risikomanagement Absatz 1 hat Schaebens bereits ein angemessenes und wirksames Risikomanagement eingerichtet. Das Risikomanagement wird hierbei in allen maßgeblichen Geschäftsabläufen durch angemessene Maßnahmen zu verankern sein.

Zu § 5 Risikoanalyse Absatz 1 wird Schaebens im Rahmen des Risikomanagements eine angemessene Risikoanalyse nach § 5 Risikoanalyse den Abätzen 2 bis 4 durchführen, um die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken im eigenen Geschäftsbereich sowie bei seinen unmittelbaren Zulieferern zu ermitteln. In Fällen, in denen eine missbräuchliche Gestaltung der unmittelbaren Zuliefererbeziehung oder ein Umgehungsgeschäft vorgenommen wurde, um die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in Hinblick auf den unmittelbaren Zulieferer zu umgehen, gilt ein mittelbarer Zulieferer als unmittelbarer Zulieferer.

Zu § 6 Grundsatzerklärung und Präventionsmaßnahmen Absatz 3 wird Schaebens angemessene Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich verankern und zwar insbesondere für:

1. die Umsetzung der in der Grundsatzerklärung dargelegten Menschenrechtsstrategie in den relevanten Geschäftsabläufen,
2. die Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken, durch die festgestellte Risiken vermieden oder gemindert werden,
3. die Durchführung von Schulungen in den relevanten Geschäftsbereichen,
4. die Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen, mit denen die Einhaltung der in der Grundsatzerklärung enthaltenen Menschenrechtsstrategie im eigenen Geschäftsbereich überprüft wird.

Zu § 6 Grundsatzerklärung und Präventionsmaßnahmen Absatz 4 wird Schaebens angemessene Präventionsmaßnahmen gegenüber seinen unmittelbaren Zulieferern verankern und zwar insbesondere für:

1. die Berücksichtigung der menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen bei der Auswahl eines unmittelbaren Zulieferers,

2. die vertragliche Zusicherung eines unmittelbaren Zulieferers, dass dieser die von der Geschäftsleitung des Unternehmens verlangten menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Vorgaben einhält und entlang der Lieferkette angemessen adressiert,
3. die Vereinbarung angemessener vertraglicher Kontrollmechanismen sowie die Durchführung von Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherungen des unmittelbaren Zulieferers nach Nummer 2,
4. die Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen auf Grundlage der vereinbarten Kontrollmechanismen nach Nummer 3, mit denen die Einhaltung der Menschenrechtsstrategie bei dem unmittelbaren Zulieferer überprüft wird.

Zu § 6 Grundsatzerklärung und Präventionsmaßnahmen Absatz 5 wird Schaebens die Wirksamkeit der Präventionsmaßnahmen einmal im Jahr sowie anlassbezogen überprüfen, wenn Schaebens mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage im eigenen Geschäftsbereich oder beim unmittelbaren Zulieferer rechnen muss, etwa durch die Einführung neuer Produkte, Projekte oder eines neuen Geschäftsfeldes. Erkenntnisse aus der Bearbeitung von Hinweisen nach § 8 Absatz 1 sind zu berücksichtigen. Die Maßnahmen sind bei Bedarf unverzüglich zu aktualisieren.

Zu § 7 Abhilfemaßnahmen Absatz 1 wird Schaebens, wenn die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht in seinem eigenen Geschäftsbereich oder bei einem unmittelbaren Zulieferer bereits eingetreten ist oder unmittelbar bevorsteht, unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern, zu beenden oder zu minimieren. § 5 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Schaebens wird im eigenen Geschäftsbereich die Abhilfemaßnahme bis zu einer Beendigung der Verletzung führen.

Zu § 7 Abhilfemaßnahmen Absatz 2 wird Schaebens, wenn die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht bei einem unmittelbaren Zulieferer so beschaffen ist, dass Schaebens sie nicht in absehbarer Zeit beenden kann, dann unverzüglich ein Konzept zur Minimierung erstellen und umsetzen. Das Konzept muss einen konkreten Zeitplan enthalten. Bei der Erstellung und Umsetzung des Konzepts sind insbesondere folgende Maßnahmen in Betracht zu ziehen:

1. die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines Plans zur Behebung des Missstandes mit dem Unternehmen, durch das die Verletzung verursacht wird,
2. der Zusammenschluss mit anderen Unternehmen im Rahmen von Brancheninitiativen und Branchenstandards, um die Einflussmöglichkeit auf den Verursacher zu erhöhen,
3. ein temporäres Aussetzen der Geschäftsbeziehung während der Bemühungen zur Risikominimierung.

Zu § 7 Abhilfemaßnahmen Absatz 3 stellt Schaebens dar, dass der Abbruch einer Geschäftsbeziehung nur geboten ist, wenn:

1. die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht als sehr schwerwiegend bewertet wird,
2. die Umsetzung der im Konzept erarbeiteten Maßnahmen nach Ablauf der im Konzept festgelegten Zeit keine Abhilfe bewirkt,

3. dem Unternehmen keine anderen milderer Mittel zur Verfügung stehen und
4. eine Erhöhung des Einflussvermögens nicht aussichtsreich erscheint.

Zu § 7 Abhilfemaßnahmen Absatz 4 wird Schaebens die Wirksamkeit der Abhilfemaßnahmen einmal im Jahr sowie anlassbezogen überprüfen, wenn Schaebens mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage im eigenen Geschäftsbereich oder beim unmittelbaren Zulieferer rechnen muss, etwa durch die Einführung neuer Produkte, Projekte oder eines neuen Geschäftsfeldes. Erkenntnisse aus der Bearbeitung von Hinweisen nach § 8 Absatz 1 sind zu berücksichtigen. Die Maßnahmen sind bei Bedarf unverzüglich zu aktualisieren.

Zu § 8 Beschwerdeverfahren Absatz 1 wird Schaebens dafür sorgen, dass ein unternehmensinternes Beschwerdeverfahren nach den Absätzen 2 bis 4 eingerichtet wird, das es Personen ermöglicht, die durch wirtschaftliche Tätigkeiten im eigenen Geschäftsbereich des Unternehmens oder durch wirtschaftliche Tätigkeiten eines unmittelbaren Zulieferers unmittelbar betroffen sind oder in einer geschützten Rechtsposition verletzt sein können, sowie Personen, die Kenntnis von der möglichen Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht haben, auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken oder Verletzungen hinzuweisen. Geht ein Hinweis einer unmittelbar betroffenen Person ein, so ist der Eingang zu bestätigen. Schaebens hat den Sachverhalt mit den Hinweisgebern zu erörtern. Schaebens kann ein Verfahren der einvernehmlichen Beilegung anbieten. Schaebens kann sich stattdessen aber auch an einem entsprechenden externen Beschwerdeverfahren beteiligen, sofern es die nachfolgenden Kriterien erfüllt.

Zu § 8 Beschwerdeverfahren Absatz 2 erklärt Schaebens, dass Schaebens schriftlich eine Verfahrensordnung festlegen wird.

Zu § 8 Beschwerdeverfahren Absatz 3 erklärt Schaebens, dass die von Schaebens mit der Durchführung des Verfahrens betrauten Personen die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, insbesondere müssen sie unabhängig und an Weisungen nicht gebunden sein sowie zur Verschwiegenheit verpflichtet sein.

Zu § 8 Beschwerdeverfahren Absatz 4 erklärt Schaebens, dass Schaebens in geeigneter Weise klare und verständliche Informationen zur Erreichbarkeit und Zuständigkeit und zur Durchführung des Beschwerdeverfahrens öffentlich zugänglich machen werden wird. Das Beschwerdeverfahren wird für potenzielle Nutzer zugänglich sein, die Vertraulichkeit der Identität ist zu gewährleisten und es ist ein wirksamer Schutz vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu gewährleisten.

Zu § 8 Beschwerdeverfahren Absatz 5 erklärt Schaebens, dass Schaebens die Wirksamkeit des Beschwerdeverfahrens mindestens einmal im Jahr sowie anlassbezogen überprüfen wird, wenn Schaebens mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage im eigenen Geschäftsbereich oder beim unmittelbaren Zulieferer rechnen muss, etwa durch die Einführung neuer Produkte, Projekte oder eines neuen Geschäftsfeldes. Die Maßnahmen sind bei Bedarf unverzüglich zu aktualisieren.

Zu § 9 Mittelbare Zulieferer; Verordnungsermächtigung Absatz 1 wird Schaebens ein Beschwerdeverfahren nach § 8 so einrichten, dass es auch Personen, die durch wirtschaftliche Tätigkeiten eines mittelbaren Zulieferers in einer geschützten Rechtsposition verletzt sein können sowie Personen, die Kenntnis von einer möglichen Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht haben, ermöglicht, auf diese Verletzung hinzuweisen.

Zu § 9 Mittelbare Zulieferer; Verordnungsermächtigung Absatz 2 wird Schaebens nach Maßgabe des Absatzes 3 sein bestehendes Risikomanagement im Sinne von § 4 anpassen.

Zu § 9 Mittelbare Zulieferer; Verordnungsermächtigung Absatz 3 wird Schaebens, wenn Schaebens substantiierte Kenntnis über eine mögliche Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern erhält, anlassbezogen unverzüglich:

1. eine Risikoanalyse gemäß § 5 Absätze 1 bis 3 durchführen,
2. angemessene Präventionsmaßnahmen im Sinne des § 6 gegenüber dem Verursacher verankern,
3. ein Konzept zur Minimierung und Vermeidung der Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder umweltbezogenen Pflicht erstellen und umsetzen und
4. gegebenenfalls entsprechend seine Grundsaterklärung gemäß § 6 Absatz 2 aktualisieren.

Zu § 9 Mittelbare Zulieferer; Verordnungsermächtigung Absatz 3 wird Schaebens das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ermächtigen, Näheres zu den Pflichten des Absatzes 3 durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ohne Zustimmung des Bundesrates zu regeln.

Zu § 10 Dokumentations- und Berichtspflicht Absatz 1 wird Schaebens die Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach § 3 unternehmensintern fortlaufend dokumentieren. Die Dokumentation ist ab ihrer Erstellung mindestens sieben Jahre lang aufzubewahren.

Zu § 10 Dokumentations- und Berichtspflicht Absatz 2 wird Schaebens jährlich einen Bericht über die Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten im vergangenen Geschäftsjahr erstellen. In dem Bericht ist nachvollziehbar mindestens darzulegen:

1. ob und falls ja welche menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken Schaebens identifiziert hat,
2. was das Unternehmen, unter Bezugnahme auf die in den §§ 4 bis 9 beschriebenen Maßnahmen, zur Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten unternommen hat; dazu zählen auch die Elemente der Grundsaterklärung gemäß § 6 Absatz 2, sowie die Maßnahmen, die Schaebens aufgrund von Beschwerden nach § 8 getroffen hat,
3. wie Schaebens die Auswirkungen und die Wirksamkeit der Maßnahmen bewertet und welche Schlussfolgerungen Schaebens aus der Bewertung für zukünftige Maßnahmen zieht.

Gem. § 10 Dokumentations- und Berichtspflicht Absatz 3 sind für Schaebens, wenn Schaebens keine menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken festgestellt hat und dies in seinem Bericht plausibel dargelegt, auch keine weiteren Ausführungen nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 bis 4 erforderlich.

Gem. § 10 Dokumentations- und Berichtspflicht Absatz 4 gilt, dass der Bericht spätestens vier Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahrs auf der Internetseite von Schaebens für einen Zeitraum von sieben Jahren kostenfrei öffentlich zugänglich zu machen ist. Der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist dabei gebührend Rechnung zu tragen.

Frechen, den 27.04.2021

Die Geschäftsleitung